

23.09.2014

Niederschrift SFG/001/2014

Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung

am 03.09.2014 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße
17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Chur

Kreistagmitglieder SPD

Frau Aileen Droll

Herr Udo Holz

Frau Renate Jung

Herr Jürgen Kerl

Herr Gerd Oldenburg

Frau Bärbel Schmidt

Sachkundige Bürger/innen SPD

Frau Marie-Luise Scheideler

Herr Achim Schwarz

Kreistagmitglieder CDU

Frau Annika Dresen

Herr Dipl.-Ing. Olaf Lauschner

Herr Gerhard Meyer

Herr Hakan Namlisoy

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Hubert Hüppe

Herr Marco Morten Pufke

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Jochen Nadolski-Voigt

Frau Anke Schneider

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Frau Insa Bußmann

Sachkundige Bürger/innen GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Jürgen Kleine-Frauns

Kreistagmitglieder FW

Herr Helmut Stalz

Verwaltung

Herr Rüdiger Sparbrod, Dezernent
Frau Sengül Ersan, Gleichstellungsbeauftragte
Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Frau Chur begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Es sei bekannt, dass es innerhalb der Ausschüsse eine Strukturänderung gegeben hätte und demnach gehöre der Gleichstellungsbereich jetzt diesem Ausschuss an. Sie freue sich auf die gemeinsame Zeit in diesem Ausschuss, die Sozialpolitik sei in besonderer Weise gefordert. Zum Einen ginge es um die Qualität, es gebe viele Menschen die am Rande der Gesellschaft stünden und zum Anderen gebe es die Verpflichtung dem Haushalt gegenüber gerecht zu werden. Daraufhin folgt eine persönliche Vorstellung aller Anwesenden. Frau Chur stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|--|
| Punkt 1 | | Bestellung einer Schriftführerin und deren Stellvertreterin für den Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung |
| Punkt 2 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 3 | 026/14 | Jahresbericht 2013 des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Unna e.V. |
| Punkt 4 | 121/14 | Jahresbilanz 2013 für den Fachbereich Arbeit und Soziales |
| Punkt 5 | 116/14 | Bericht zur Schulbegleitung im Kreis Unna |
| Punkt 6 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--|--|
| Punkt 7 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
|----------------|--|--|

Erörterung

Frau Chur führt aus, dass es gerade für die neuen Mitglieder wichtig sei, einen Einblick in die Aufgabenfelder des Fachbereiches Arbeit und Soziales zu bekommen. Für die Haushaltsberatungen müsse man eine Rückschau auf vergangene und zukünftige Angelegenheiten halten.

Diesem Bericht könne sowohl die Aufgabenvielfalt als auch die Aufgabenfülle des Fachbereiches Arbeit und Soziales entnommen werden, so Herr Diekmännken. Drei Bereiche gehörten jetzt zum neuen Ausschuss für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung, Fragestellungen rund um das Jobcenter - SGB II-Leistungen, die Fachstelle für behinderte Menschen im Arbeitsleben und die Thematik Bafög. Die Wohnungsbauförderung sei dem Baubereich zugeteilt worden. Im Bereich der Eingliederungshilfe (Seite 15) müsse man sich mit folgenden Themen beschäftigen: Behindertenfahrdienst, Förderung von Kontaktstellen für psychisch kranke Menschen, Teilnahme am Leben der Gemeinschaft und Schulbegleitung für behinderte Kinder. Hier gehe es um eine Summe von 6,3 Millionen Euro, die der Kreis Unna alleine stemmen müsse, so Herr Diekmännken. Zurzeit arbeite das Land an Modellen einer Spitzabrechnung, so dass mehr Geld beim Kreis Unna ankäme. Der Bereich „Ambulante und Stationäre Pflege“ (ab Seite 20) stelle neben den Kosten der Unterkunft mit 32,6 Millionen Euro die zweitgrößte Summe dar, abgesehen von den ebenfalls zu zahlenden Umlagen in Richtung Landschaftsverband. Voraussichtlich werde in einer Sondersitzung ein Tätigkeitsbericht, speziell zum Kommunalen Integrationszentrum, auf die Tagesordnung gesetzt, gegebenenfalls Anfang des Jahres 2015.

Frau Chur und Herr Sparbrod führen aus, dass es auf der Seite 21, Punkt 4.2.1 „Entwicklung der Kosten und Anzahl der LeistungsempfängerInnen“ wie folgt lauten müsse: „Gesamtaufwendungen stationäre Pflege“ = **27.318.459 €** (statt 13.765.288 €).

Auf Nachfrage von Herrn Stalz teilt Herr Diekmännken mit, dass er bei den steigenden Kosten keine Entwarnung geben könne. Die Anzahl pflegebedürftiger Menschen steige weiterhin, die Pflegesätze sowie die zu zahlende Ausbildungsplatzumlage würden Jahr für Jahr steigen. Alles zusammen sei eben kaum steuerbar, so Herr Diekmännken.

Herr Sparbrod ergänzt, dass neue Pflegeeinrichtungen hinzu kämen und zukünftig ältere Heime modernisiert werden müssten. Die Ein-Zimmer-Quote müsse eingehalten werden, ansonsten würden diese Heime ab 2019 vom Markt verschwinden und das sei nicht gewollt. Auch diese Kosten kämen auf den Kreis Unna zu und allein aufgrund der jährlichen Vertragsverhandlungen zu den neuen Pflegesätzen müsse mit steigenden Kosten gerechnet werden. Es hätten sich viele Pflegewohngemeinschaften gebildet und es müsse darauf geachtet werden, dass sie so finanziert und von der Größe so gestaltet würden, dass sie unter den Kosten der stationären Pflege lägen.

Auf Nachfrage von Herrn Hüppe (CDU-Fraktion) antwortet Herr Sparbrod, dass mit der Autismusförderung Kinder gemeint seien, die aufgrund ihrer Behinderung in Autismusambulanzen, in Dortmund oder in Hamm, entsprechend therapiert würden. Diese Kinder befänden sich nicht in der Frühförderung, sondern in den Autismusambulanzen. Das Lebenszentrum in Unna-Königsborn richte ebenfalls eine eigene Autismusambulanz ein.

Herr Hüppe fragt nach, wie viele Personen bei der Grundsicherung im Alter sowie der Erwerbsminderung unter 65 Jahre alt seien. Ständig könne man nachlesen, dass weitere Werkstätten eröffnet würden und ihm stelle sich die Frage, ob die nur aufgrund der Altersstruktur so sei oder ob es auch eine Zunahme an nicht erwerbsfähigen, vor allem auch psychisch erkrankten Personen, gebe.

Zurzeit leide man unter der Situation, dass kreisweit drei verschiedene EDV-Programme im Einsatz wären und die vorhandenen Daten händisch zusammengetragen worden wären, so Herr Diekmännken. Alle Kommunen hätten bereits die gemeinsame Anwendung „OK.SOZIUS“ akzeptiert. Die Datenerhebung fände ab nächstem Jahr statt und dann sei die Verwaltung in der Lage, dezidierte Auswertungen zu erheben; zurzeit müssten alle Kommunen einzeln befragt werden.

Frau Chur fasst zusammen, dass die Pflege zukünftig eines der wichtigen sozialpolitischen Themengebiete sei und sie hätte, in Absprache mit Herrn Sparbrod, für das kommende Jahr eine intensive Beschäftigung mit dieser Thematik angedacht.

Die Jahresbilanz 2013 für den Fachbereich Arbeit und Soziales wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5 116/14 Bericht zur Schulbegleitung im Kreis Unna

Erörterung

Herr Sparbrod erläutert die Drucksache und teilt mit, dass sich auch die Wohlfahrtsverbände mit dieser Thematik auseinandersetzen würden. Gezahlt würde für die Schulbegleitung nur in dem Zeitraum der tatsächlichen Inanspruchnahme. Wenn zum Beispiel ein Kind krank sei, dann würde keine Zahlung erfolgen. Für diese Zeiträume müsse unbedingt eine andere Lösung gefunden werden. Des Weiteren müsse ein einheitliches Qualifizierungs- und Schulungssystem installiert werden. Abschließend bittet Herr Sparbrod alle Fraktionen und Gruppen sich dieser Thematik im nächsten Jahr anzunehmen. Der Anfang zur Diskussionsrunde solle bei der Klausurtagung der Wohlfahrtsverbände erfolgen. Es müsse nicht nur aufgrund der gestiegenen Fallzahlen die Finanzierung überdacht werden, sondern es müsse auch im Rahmen der jetzigen Hilfen das Preisgefüge neu überdacht werden.

Herr Hüppe führt aus, dass unter der Überschrift „Die Inklusion kommt an ihre Grenzen“ in der Presse ein Bericht über die Helfer gestanden hätte. Dort sei geschrieben worden, dass die enorme Kostensteigerung ein Auswuchs der Inklusion sei. Wenn er aber die Zahlen vergleichen würde, dann gebe es die meisten Steigerungen im Bereich der Förderschulen, im selektiven und nicht im inklusiven System. Er möchte wissen, warum es diese politische Darstellung gebe und wie die Steigerungsform zustande käme.

Herr Diekmännken antwortet, dass für die Gewährung einer Schulbegleitung zunächst ein Antrag der Eltern vorliegen müsse; dieser Antrag würde durch eine Stellungnahme der Schule begleitet. Danach erfolge eine fachliche Begutachtung des Kindes durch die Kinderärztin des Fachbereiches Gesundheit und Verbraucherschutz. Neben Autisten gebe es auch eine Zunahme mehrfach schwerstbehinderter Kinder. Diese könnten offenbar in dem selektiven System durch das Schulpersonal nicht mehr aufgefangen werden. Auffällig sei, dass es, auch in diesem System, deutliche Steigerungen gebe, da stimme er Herrn Hüppe zu. Im Zweifel müsse man andere Kriterien anlegen und mit Fachärzten besprechen, ob Zusagen strenger zu fassen seien; dies könnte das Ergebnis einer politischen Diskussion sein. Zurzeit sei es eben so, dass erst nach einer ärztlichen Begutachtung eine Schulbegleitung gewährt würde.

Ausschreibung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten

Frau Ersan berichtet zur aktuellen Situation innerhalb der Gleichstellungsstelle und teilt mit, dass die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten intern ausgeschrieben worden sei. Die Bewerbungsfrist sei bewusst langfristig gesetzt worden, damit aufgrund der Sommerferien jede Kollegin die Möglichkeit hätte, sich zu informieren und eine Bewerbung abzugeben. Zwischenzeitlich sei die Bewerbungsfrist abgelaufen und es lägen ausreichend Bewerbungen vor. Zur nächsten Sitzung dieses Ausschusses werde ihre Nachfolge sicherlich geregelt sein. An dieser Stelle möchte sie sich recht herzlich von allen verabschieden, sich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken und wünscht allen für die Zukunft erfolgreiche und gute Arbeit.

Frau Chur gibt die guten Wünsche im Namen des Ausschusses zurück und bedankt sich ebenfalls für die gemeinsame Arbeit.

Terminankündigungen für September und Oktober 2014

Frau Chur berichtet, dass am 13.09.2014 um 19.00 Uhr im Circus Travados, Kurpark in Unna, eine Veranstaltung der Initiative Kreis Unna stattfindet. Es handele sich um ein Förderprojekt der Aktion Mensch; am 13.09. würden Ziele und Anliegen vorgestellt.

Herr Sparbrod ergänzt, dass es hierzu eine Einladung der Wohlfahrtsverbände gebe und er meine, dass alle Fraktionen eine Einladung erhalten hätten.

Des Weiteren teilt Frau Chur mit, dass am 01.10.2014 in der Stadthalle Unna der Kreissenientag 2014 stattfinde. Er sei ein Dankeschön für viele Ehrenamtliche in den Organisationen kreisweit und ungefähr 350 bis 400 Personen würden der Einladung folgen. Es fänden einzelne Workshops mit interessanten Themen statt und das Motto des Tages lautet „Kriegserlebnisse und deren Folgen“.

gez. Angelika Chur
Vorsitzende

gez. Birgit Scholz
Schriftführerin